



Alternativantrag

der Fraktion der SPD

zu „Bekämpfung von Kinderpornographie zu einem Schwerpunkt der Polizeiarbeit“ (Drucksache 20/28)

Voraussetzungen für eine effektive Bekämpfung der Kinderpornografie schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Arbeit mit dem Thema Missbrauchsdarstellungen (sog. „Kinderpornografie“) ist für die Mitarbeiter*innen der Strafverfolgungsbehörden in besonderer Weise belastend. Der Schleswig-Holsteinische Landtag spricht daher den betroffenen Mitarbeiter*innen seinen Dank und seine Wertschätzung aus.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt weiter fest, dass der Landespolizei für die Bekämpfung der Kinderpornografie eine bessere personelle, sachliche und räumliche Ausstattung zur Verfügung gestellt werden muss. Die derzeit vorhandenen Stellen und Sachmittel reichen nicht aus, um den bereits 2020 erkannten Mehrbedarf aufgrund enorm ansteigender Fallzahlen in diesem Deliktsbereich zu decken. Durch eine gute Ausstattung kann nicht nur die zeitnahe Strafverfolgung bereits begangener Taten sichergestellt, sondern auch die Begehung weiterer Taten verhindert und die Opfer vor weiterem Missbrauch geschützt werden. Hierfür muss ausreichend Personal und Hilfsmittel auf dem aktuellen Stand der Technik für die

Auswertung von Asservaten zur Verfügung gestellt werden. Ebenfalls bedarf es einer qualitativ hochwertigen Aus- und Fortbildung, um mit den technisch zum Teil hoch entwickelten Tätern Schritt halten zu können.

Der Landtag stellt weiter fest, dass für die zur Aufklärung dieser Straftaten eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten eine besondere Fürsorgepflicht des Dienstherrn für den Erhalt ihrer psychischen und physischen Gesundheit besteht. Die Beamtinnen und Beamten sind durch ihre Tätigkeit insbesondere psychischen Belastungen ausgesetzt, welche das normale Maß polizeilicher Arbeit weit übersteigen können. Daher bedarf es in diesem Bereich einer besonders intensiven Vor- und Nachsorge zur Vermeidung gesundheitlicher Schäden.

Der mit einer intensiveren Aufklärung dieser Delikte verbundene Anstieg entsprechender Ermittlungsverfahren bei den Staatsanwaltschaften und Gerichten führt auch dort zu einer Mehrbelastung. Der Landtag stellt daher fest, dass auch diese Behörden personell und sachlich ausreichend ausgestattet werden müssen.

Der Landtag sieht die Notwendigkeit, den Polizeidienst für Fachkräfte aus dem IT-Bereich attraktiver zu gestalten und dafür attraktive Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten anzubieten.

Digitale Forensik und die Ermittlungsarbeit im Bereich der Kinderpornografie müssen ein Schwerpunkt künftiger Polizeiarbeit sein. Daher fordert der Schleswig-Holsteinische Landtag die Landesregierung auf,

- dem Landtag jährlich über den Stellenbedarf bei den zur Verfolgung von Straftaten der §§ 184 b, c StGB (Besitz von Kinder- und jugendpornografischem Material) eingesetzten Organisationseinheiten der Landespolizei zu berichten,
- kurzfristig den aktuellen Personalmehrbedarf auf der Basis der Fallzahlen von 2021 zu ermitteln und entsprechende Stellenanteile im Haushaltsjahr 2023 zur Verfügung zu stellen,
- eine angemessene Ausstattung der zur Verfolgung dieser Taten eingesetzten Einheiten der Landespolizei mit Räumen, Zugriff auf Dienstfahrzeuge und technischen Hilfsmitteln (Hard- und Software) sicherzustellen,

- den technologischen Fortschritt insbesondere bei der IT-Ausstattung zu berücksichtigen und auf dem aktuellen Stand zu halten,
- eine, den besonderen Anforderungen bei der Bearbeitung dieses Deliktsbereiches entsprechende Aus- und Fortbildung der Ermittlerinnen und Ermittler sicherzustellen und den regelmäßigen landesweiten fachlichen Austausch untereinander zu ermöglichen,
- ein individuelles Angebot an gesundheitlichen Vor- und Nachsorgemaßnahmen einschließlich einer verpflichtenden Supervision nach dem Vorbild des BKA für alle in diesem Deliktsbereich eingesetzten Fach- und Führungskräfte vorzuhalten,
- den Polizeidienst für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger aus dem IT-Bereich attraktiv zu gestalten und die Möglichkeit einer dualen Ausbildung bei der Landespolizei in diesem Bereich zu schaffen.

Niclas Dürbrook

und Fraktion